

## Existenz der westdeutschen Bauern tödlich bedroht

In diesen Tagen blicken die Werktätigen auf dem Lande in der Deutschen Demokratischen Republik stolz auf ihre Errungenschaften, die sie seit der demokratischen Bodenreform vor 10 Jahren erkämpft und erarbeitet haben. Auch die westdeutschen werktätigen Bauern hätten ihre Wirtschaften — wie die werktätigen Bauern in der DDR — aufwärtsentwickeln und die geschichtlich notwendig gewordene Bodenreform durchführen können. Nach der völligen Kapitulation des faschistischen Deutschlands bestanden in beiden Teilen Deutschlands alle Voraussetzungen, endgültig mit der Herrschaft der Monopolherren und Großgrundbesitzer Schluß zu machen. Die Krautjunker und Schlotbarone zitterten vor der geballten Kraft einer geeinten Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern. Die rechte Führung der SPD und des DGB jedoch verhinderte im Auftrage der deutschen und ausländischen Imperialisten und Großgrundbesitzer die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihr Bündnis mit den werktätigen Bauern in Westdeutschland. Das ist der Grund dafür, daß die Monopolherren nicht entmachtet und die Großgrundbesitzer nicht enteignet wurden, sondern heute wieder die Macht im Staate ausüben und Arbeiter und Bauern knechten und ausbeuten. Ihre ökonomische Grundlage wurde ihnen nicht genommen, sondern sie besitzen weiterhin die Schlüsselindustrie, die Banken, und den 14 131 Großgrundbesitzern gehören 27,8 Prozent des Bodens.

Die bauernfeindliche Agrarpolitik Adenauers ist nur daraus zu erklären, daß in Westdeutschland die alten Zustände weiterbestehen und alles darauf abgestimmt ist, unter Vorherrschaft des amerikanischen Imperialismus einen neuen Krieg gegen die Völker des Friedenslagers vorzubereiten. So wurde u. a. der „Grüne Plan“ geschaffen, dessen Aufgabe es ist, die Landwirtschaft der an den Kriegspakten beteiligten Länder auf die Erfordernisse des Krieges umzustellen. Westdeutschland ist in diesem Plan die Rolle eines Brotgetreide- und Kartoffellieferanten zugeordnet.

Diese Politik wird seit Jahren in Westdeutschland durchgesetzt und verstärkt nach der Ratifizierung der Pariser Verträge betrieben. Der Lübke-Plan ist das Instrument, um mit Hilfe der Steuer-, Kredit-, Einfuhr-, Zoll- und Preispolitik die Ziele des „Grünen Planes“ zu erreichen und den Strukturwandel durchzuführen, das heißt extensiv wirtschaftende kapitalistische Großbetriebe zu schaffen. Vor unseren Augen vollzieht sich das traurige Schauspiel des modernen und größten Bauernlegens in der deutschen Geschichte. Anhand einiger Beispiele wollen wir diese Entwicklung charakterisieren. Man muß sich jedoch darüber klar sein, daß die aus westdeutschen Zeitungen angeführten Zahlen frisiert sind. Trotzdem werfen sie schon ein bezeichnendes Licht auf die Lage der westdeutschen Bauern.

Durch die übermäßigen Einfuhren landwirtschaftlicher Intensivprodukte wie Gemüse, Obst, Fleisch und Fette sind die Intensivkulturen in Westdeutschland erheblich zurückgegangen. Laut „Agrardienst“ vom 26. 10. 1954 ist die Anbaufläche von 1949 bis 1954 bei Hülsenfrüchten um 71 000 ha, bei Futterhackfrüchten um 120 000 ha, bei Gemüse um 53 000 ha, bei Ölfrüchten um 81 000 ha und bei Futterpflanzen um 268 000 ha kleiner geworden. Dieser ungeheure Rückgang